

Saale-Beitung.

Zehnumdvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 6 halboffene Kolonnen...

Erstein täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postamtlicher Anstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Anstellungsgebühr...

Am amtlichen Zeitungs-Vergleichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Verleger der Redaktion Nr. 140; der Anzeigen-Redaktion Nr. 176; der Annoncen-Redaktion Nr. 1133.

Nr. 9.

Halle a. S., Dienstag, den 7. Januar.

1913.

Bestellungen auf die 'Saale-Zeitung' werden unangesehen von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen.

Der Hallenser Klinikerstreik und Königsberg.

Zum Klinikertag in Leipzig.

Wir lesen in der freireinnigen, 'Königsberger Satzung...' nachstehende aktuellen Ausführungen, die aus Kreisen der Königsberger Klinikerschaft stammen:

Einige Jahre bereits, nur den beteiligten Kreisen bekannt, wührt der Kampf der deutschen Studenten gegen die Ausländer; in die Öffentlichkeit drangen nur von Zeit zu Zeit vereinzelt Mitteilungen über die Ausländerfrage...

Für Königsberg ist die Ausländerfrage eigentlich ausschließlich auf einer Russenfrage gebunden, da die Zahl der nicht russischen Ausländer eine verschwindende ist.

Am zunächst den Kernpunkt in Angriff zu nehmen, müssen wir uns die Frage vorlegen: Besteht denn wirklich eine Ausländernot? Der Blick auf das Studentenverzeichnis der Universität muß uns von vornherein die Frage bejahen lassen.

Der deutsche Staat wendet für die Unterbringung und Ausbildung seiner künftigen Ärzte jährlich kolossale Summen auf; der staatliche Zuschuß beträgt pro Kopf jedes Studierenden 500 bis 900 Mark jährlich...

Die Folgerung, die wir aus dieser Kostenfrage ziehen, ergibt sich aus folgender Betrachtung: Der deutsche Bürger wird gerne bei der Ausgaben disposition seiner Steuern dem Staatszuschuß an die Universitäten zustimmen, wenn dadurch

tüchtige Ärzte herangebildet werden; er wird aber wenig erfreut darüber sein, wenn bei diesen hohen Zuschüssen den jungen Medizinern die Ausbildungsmöglichkeit durch ershörend viele Ausländer erschwert wird.

Wie verhält es sich nun bei der Frage des Praktikierens? In den Zeitungsberichten vergangener Woche konnte man lesen, daß das Praktizieren den Ausländern ohne Pflanztum nur in Königsberg und Kiel unterlagt ist.

Sind aber mit der Einführung dieser Gesichtspunkte die Ausländermishände erschöpft? Noch in einem anderen Umfange liegt eine tiefergehende Beeinträchtigung. Zur Vorbereitung für den klinischen Unterricht werden sog. Probepatienten abgehalten, in denen die Kandidaten zum klinischen Unterrichts, zur Vornahme kleiner Operationen usw. angeleitet werden.

In großen Zügen haben wir damit die Schädlichkeit des Ausländerzulaufes gestreift. Die Mißstimmung darüber, daß Ausländer uns das Studium erschweren, nur uns in gewisser Weise sogar Vorzüge genießen, die nicht paritätisch sind, haben eine starke Empörung herangezweigt.

unserer Bewegung abgelehnt worden. Und wie dem Verfasser dieses Aufsatze, ist es vielen Kollegen gegangen. Welches sind nun angehörs die dieser Mißstände die angehörssten Ziele der Mediziner? Es handelt sich für uns darum, daß dem Uebel gefeuert werde.

- 1. Die Zahl der Ausländer wird in bestimmten Prozentverhältnissen auf ein gewisses Maß beschränkt. 2. Ausländer müssen erhöhte oder doppelte Universitätsgebühren zahlen. 3. Das Praktizieren auf in Propädeutik ist nur Ausländern gestattet, die das Pflanztum abgelegt haben.

Die Annahme dieser Wünsche und ihre Festsetzung durch ministeriellen Erlaß würden zu einer ideellen Lösung der Frage führen. Ob sich die zuständigen Instanzen bereit finden werden, sie zu erfüllen und damit die Ausländerfrage für sämtliche deutschen Hochschulen in günstiger Weise zu lösen, wird sich zeigen.

Der Rat der Mächte für die Balkanstaaten.

Trotz der von den Balkandelegierten zur Friedenskonferenz letzten in Paris und Berlin wiederum optimistischer. Man glaubt im allgemeinen nicht, daß das Ultimatum der Balkanstaaten gestellt werden werde, und zwar aus mehreren Gründen.

Osmann Nizami über die türkischen Friedensvorschläge.

In London ist man der Meinung, daß die Furcht vor oder die Hoffnung auf Einmischung der Mächte noch einmal den Abbruch der Verhandlungen der Friedenskonferenz verhindern wird. Es fallen über Sonntag bereits wohlwollende Winke von den Vorkämpfern der Großmächte an die Delegierten der Balkanstaaten ergangen sein.





nichts befeht haben, abzutreten, ebenso Kreta. Diese Länder sind größer, als die verbündeten Staaten selbst. Wir sind aber kein die Türkei nicht aufgeben, weil es die zweite Hauptstadt des Reiches ist. Wir brauchen es zu unserer Verteidigung. Ohne Adrianopel können wir die Dardanellen nicht halten. Bulgarien hat keine solche Notwendigkeit. Was halb also sollte es nicht von seinen Ansprüchen ablassen? Sollten die Friedensverhandlungen scheitern, so wird die Türkei die kriegerischen Operationen wieder aufnehmen. Seit dem Beginn der Verhandlungen haben wir dieselbe Vorläufige gemacht, die Verbündeten dagegen nur einen, und auf diesem bestehen sie noch heute. Dies beweist, daß wir Türken verächtlich, die Verbündeten aber unverschämlich sind. Wir überlassen die Entscheidung der öffentlichen Meinung Europas."

#### Eine neue türkische Anteil.

Wie das Deutsche Bureau erzählt, ist es der türkischen Regierung gelungen, Arrangements für eine sofortige Antilösung zu treffen, die durch die Spezialkriegssteuern garantiert wird.

## Deutsches Reich.

### Hüt' dich, Kanzler!

Recht offenerzig und bezeichnend äußerte sich in Essen über die Stellung des Zentrums zur Reichsregierung der hiesige Zentrumsführer Geislinger. Rat Wacker in einer öffentlichen Protestversammlung gegen das Jesuitengesetz. Er sagte, das Zentrum habe und werde eine feste Position behalten, die nicht abhängig sei vom Bundesrat oder vom Reichstag.

Dagegen sei die Position des Reichskanzlers weder eine sichere noch eine feste, wohl aber abhängig vom Zentrum! Wenn er darauf nicht glauben wolle, so müsse man ihn einladen, die Saisale seiner Vorgänger im Amt etwas zu erwägen. Der Reichskanzler habe sich warnen zu lassen, aber nicht dem Zentrum eine Warnung zu geben.

Ferner sprachen noch der bekannte Jesuitenpater Cohaus und Freiherr v. Steinäder.

### Landespartei der Volkspartei in Württemberg.

Die deutsche Volkspartei in Württemberg hat seit Jahren ihre Jahresversammlung am Dreifingertag abgehalten; an diesem Brauch halten die Württemberger auch nach dem Zusammenschluß der drei liberalen Parteien fest: Der Parteitag wurde Sonntag nachmittag in Stuttgart mit einer Sitzung des Landesauschusses eröffnet. Die Frage der Einsetzung eines Generalsekretärs für Württemberg wurde einer Kommission überwiesen.

Die Montag vormittag abgehaltene öffentliche Versammlung in Ludw. nach dem Reichsausweisbericht des Landesvorsitzenden, Chefredakteur Schmidt, der ein ernstliches Bild von der politischen Arbeit und dem Wachstum der Partei entwarf, sprach der neugewählte Landtagsabg. Fischer (Heilbronn) über den Ausbaue der Organisation. Er legte dar, daß es notwendig sei, daß die Träger der Mandate mehr als früher die Parlamentarischen agitorisch werteten. Dazu sei es notwendig, daß auch der eine oder der andere Berufspolitiker in das Parlament geschickt werde. Im übrigen liegt der Ausbau der Organisation das Wichtigste. Vor allem sei die Anstellung zweier weiterer Parteisekretäre (zu den bisherigen zwei) erforderlich. Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Conrad Hausmann zur Frage der Landespolitik. Bei der Erörterung der Ursachen des Mißerfolges bei den Landtagswahlen betonte er besonders, daß das liberale Wahlbündnis keine Schuld an der Schlappe habe. Dem neuen Landtage werden keine hofpolitischen Gesetze vorgelegt werden. Es solle aber aus, als ob der Ministerwechsel einen Systemwechsel für Württemberg bedeute. Hausmann beantragte zum Schluß unter lärmlichem Beifall der Versammlung eine Resolution, in welcher der Parteitag die fortschrittliche Fraktion des Landtages beauftragt, für die bisher betriebene Politik mit voller Entschiedenheit einzutreten und für alle erfindenswerten Fortschritte mit oder gegen die Regierung im Landtage zu kämpfen, sowie eine entsprechende Politik mit den anderen Parteien der Linken zu treiben. Diese Resolution, sowie eine weitere, welche ihre Sympathie für den Reichstag liberaler Arbeiter und Angelernter aus sprach, fanden stürmische Zustimmung. Mit einem gemeinsamen Mittagmahl schloß der Parteitag der Volkspartei.

### Goldentragen.

Die von Preußen und Schächigen Kriegsministerium für die ersten sechs Monate des neuen Jahres festgesetzte Besoldungsgelder betragen sich zwischen 49 und 37 Pfennig pro Tag und Mann. Die höchsten Sätze haben Wangeroo, Helgoland, Oldenburg, i. Gr., Leisnig, Pflanz, Kolberg, Spandau, Alben, Harburg, Ludwigsfelde, Pöls, Hildesheim, Erfurt, Olden i. S., Scherwin i. N., Marienberg, Ramm; die niedrigsten Königsberg, i. Pr., Memel, Tilsit, Rastin, Alben, Beußen i. D., Strasburg, i. Pr., Pnd. Riesenburg, Orlenburg. Die mittlere Stelleposition stellt sich mit 20 1/2 Pf. am höchsten in Leisnig, am niedrigsten mit 20 1/2 Pf. in Rastin. Für Berlin sind dem Mann 43, dem Unteroffizier 56 Pf. zugewilligt, wovon 26,572 Pf. auf die Stelleposition treffen.

### Parteiangelegenheiten.

Leipzig, 6. Januar. Hier fand am Sonntag nachmittag eine vom fortschrittlichen Verein einberufene Volksversammlung statt. Trotz der unangenehmen örtlichen Verhältnisse war der Besuch sehr guter. Als Redner war Hr. Delius gekommen. Er sprach unter sehr lebhaftem Beifall über das Thema „Was bewegt das deutsche Volk gegenwärtig?“ An den andersprechendsten Vortrag schloß sich trotz wiederholter Aufforderung keine Diskussion. — Nach Schluß der öffentlichen Versammlung fand eine Besprechung zwischen den Vorsitzenden der Wahlkreisorganisationen der Fortschrittler und Nationalliberalen statt. Man war sich einig, daß bei den kommenden Landtagswahlen für den Wahlkreis zwischen beiden Parteien ein festes Abkommen zu schließen sei. Nach Tagung des fortschrittlichen Parteitag, am 2. Februar, steht der Abschluß in näherer Aussicht.

## Kleine vermischte Nachrichten.

Die den Kaiserlichen Generalkonsuln in Stockholm und St. Petersburg geteilten landwirtschaftlichen Sachverständigen sind für die Zeit der Tagung der großen landwirtschaftlichen Körperschaften, insbesondere des deutschen Landwirtschaftsrates, im Februar d. Js. nach Berlin berufen worden, um ihre Erfahrungen und Beobachtungen durch Austausch und Fortschritt vor Kenntnis der Beteiligten zu bringen und Wünsche wegen Beschaffung von Maschinen und Ausbilden entgegenzunehmen. Diejenigen, welche sich mit den Sachverständigen in Verbindung setzen wollen, können sich schon jetzt an das Auswärtige Amt wenden; dieses wird Wünsche von Interessenten den betreffenden Sachverständigen übermitteln.

## Ausland.

### Die Armenier rühren sich.

Eine Versammlung von Armeniern in Kairo beschloß, Telegramme an die Minister des Äußern der sechs Großmächte zu richten, in denen sie bitten, Europa möchte selbst die Durchführung und Ueberwachung von Reformen in Armenien sicherstellen, da die Beteiligungen der Forze unerfüllt geblieben seien.

## Verbandstage

### Sozialdemokratischer Parteitag für Preußen.

Berlin, 6. Januar.

Im Sitzungssaale des Berliner Gemischtwaarenhauses am Engelstein begannen heute vormittag die Verhandlungen des diesjährigen Parteitages der Sozialdemokratie Preußens, die im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl und des Wahlrechtskampfes in Preußen stehen. Mit Rücksicht darauf sind alle Parteioptionen Preußens durch Delegierte, unter denen sich auch viele Frauen befinden, vertreten. Die preussische Landtagsfraktion ist fast vollständig erschienen, ebenso fallen sich der Parteivorstand und die Kontrollkommission der Partei durch besondere Delegierte vertreten. Den Bericht der Landtagsfraktion hat der Vorwärtsredakteur, Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel übernommen. Das Referat über die bevorstehende Landtagswahl erlattet der Abgeordnete Paul Hirsch; das Thema „Die Landarbeiterfrage in Preußen“ wird Georg Schmidt, das Thema „Die Sozialpolitik im preussischen Landtage“ der Abgeordnete Leinert (Sannover) behandeln.

Nach Eröffnung der Tagung hielt der Vorsitzende der Berliner Parteioption Eugen Ernst im Namen der Parteistellung Preußens und der Berliner Genossen die Delegierten willkommen und wünschte den Verhandlungen einen fruchtbringenden Verlauf. Wir sind sicher, so führte er weiter aus, daß auch der vierde Parteitag hier würdig an die Seite seiner Vorgänger stellen und einen Fortschritt in der Geschichte des Bewegungskampfes des Volkes bilden wird. Anders Beratungen fallen in eine Zeit mitternächlicher Ereignisse. Kaum war der Marokkorkrieg zu Ende, da begann Italien durch seinen Tripolisraub den europäischen Frieden von neuem zu gefährden, und nach rauiden dort die Trümmerhaufen, da fing ein Krieg an, der die Gefahr eines Weltkrieges in sich barg. Im Namen der Kultur und der Religion wurde gerührt und gebrauchst. Der Kampf koste, bis die allgemeine Erschöpfung und Cholera und Pest Einhalt geboten. Doch wissen wir noch nicht, ob nicht ein europäischer Krieg bevorstehend ist, denn schon tracht es im fernem Osten. In dieser Zeit ist eines klar erwiesen: der Gedanke des Völkervereinigung hat nur eine Zukunftssicht, das internationale klassenbewußte Proletariat. Der Gedanke der Menschheit mußte flüchten in die Arme der Gottesläugner. Was die innere Lage angeht, so werden die Rufe nach einem Ausnahmestufe immer stärker, damit die Arbeiter sich in den wirtschaftlichen Kämpfen nicht wehren können. Arbeitsflaen will man haben, daher das Gekröse über den Terrorismus der Arbeiter. Angefaßt dieser Umstände wäre es ein Verbrechen, wenn wir nur einen Augenblick den Kampf einstellen, wenn wir uns in diesem Staate häuslich einrichten wollten. Das Zentrum hat die Interessen der Arbeiter immer verraten und verkauft. Die Nationalliberalen haben erkannt, daß ihre Interessen am besten gesichert sind bei den Linken, diesen schicksallosen Feinden der Arbeiterklasse. Demnach folgt die Regierung den Anweisungen dieser Leute. Und doch sollte sie aus den geschichtlichen Erfahrungen gelernt sein. Hat die Regierung vergessen, daß vor 100 Jahren der Untergang des Staates verschuldet wurde durch die Feigheit und den elenden Betrug der Adelstafel, daß der Staat nur gerettet wurde durch die aufopfernde Hingabe des gesamten Volkes? Und dieses Volk, das damals alles opferte, wird jetzt listemäßig fern gehalten von jeder Mitbestimmung an den Geschicken des Staates. Es könnte aber vielleicht die Stunde kommen, wo das System der Volksherrschaft sich bitter rächt an den Trägern dieses Systems. Der Gedanke der Gerechtigkeit hat freilich keinen Auswert in der Politik. Verfassungsverträge sind Machtfragen, und das Volk hat das Recht, wenn es die Macht hat, dem Staate seinen Willen aufzuzwingen. Nicht Träumen und Sehnen bringen den Erfolg, sondern die Geschlossenheit der Partei. Mögen die Verhandlungen dazu beitragen, unsere Parteigenossen aufzurufen, ihre Organisation zu kräftigen und auszubauen. Dieser Gedanke wird das Leitmotiv unterer Verhandlungen sein; sie werden getragen sein von der Siegesgewissheit: Und wenn die Welt ein Teil der Welt, unter die Welt trotz alledem! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wählten Eugen Ernst (Berlin) und Schmidt (Eberfeld) zu Vorsitzenden mit gleichen Stimmen gleichzeitige. Weiter wurden 6 Delegierte zu Schriftführern und 4 Delegierte zu Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission ernannt.

Nach Erzielung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten erstattete dann Eugen Ernst den

### Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.

Der Bericht stellte sich im wesentlichen als eine Zusammenfassung der Kämpfe und Bestrebungen der Partei auf Erzielung eines freieren Wahlrechts für Preußen dar.

Ein Antrag Obermeyer (Essen) verlangte, daß das Thema:

### die Jugendpflege in Preußen

auf die Tagesordnung gesetzt werden solle. Der Antragsteller begründete die Notwendigkeit des Antrages damit, daß die Korruption und das Spielwesen, mit welchem die proletarische Jugendbewegung besämpft werde, unbedingt eine Be-

prechung auf dem Parteitage erzwüere. Preußen sei ein Staat, in welchem die Reaktion Trumpf ist und wo man mit den gemeingefährlichsten Mitteln vorzugehen, um die proletarische Jugendbewegung niederzutreten. Die Großindustrie leide ganz Ungeheures, um mit ihren Geenerorganisationen der Sozialdemokratie ein Paroli zu bieten. — Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Hierauf ergriff der Vertreter der englischen Arbeiterpartei William Sanders das Wort, um die deutschen Genossen im Namen ihrer englischen Genossenschaftsfreunde zu begrüßen. Er begrüßte in englischer Sprache die gewaltigen Erfolge, welche die deutschen Arbeiter bei den Wahlen des vorigen Jahres errungen hätten, sowie zu dem Aufsteig und Wachstum der sozialdemokratischen Organisation. Die englischen Arbeiter wünschten, so führte er aus, den deutschen den besten Erfolg in ihren Bestrebungen, das Wahlrecht in Preußen zu demokratisieren. Er sprach der Hoffnung Ausdruck, daß die preussischen Arbeiter imstande sein werden, die Demokratie durchzusetzen und die politische Macht zu erringen, weil sie liberant seien, daß wenn die Sozialdemokratie die politische Macht habe, alle Streitigkeiten zwischen den Nationen verschwinden werden und alles getan werde, um die Gesellschaft auf neuer Basis aufzurichten.

Zu dem Geschäftsbericht selbst lag ein Antrag Weimarsburger vor, der folgenden Wortlaut hatte: „Der preussische Parteitag beauftragt die Landtagskommission, durch die Kreisorganisationen bei der bevorstehenden Landtagswahl die sozialdemokratischen Urwählerstimmen in den drei Wahlkreisen und die Wahlmännernimmen bei der Abgeordnetenwahl selbständig zu zählen. Zu dem Zwecke hat die Landtagskommission den Kreisorganisationen das Wahlmaterial zur Verfügung zu stellen.“ Der Antrag wurde dem geschäftsführenden Ausschuss zur Erzielung überwiegen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 7. Januar

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 6. Januar.

Am Vorabendlich die Herren Justizrat Höhring, Kaufmann Probst und Rentier Knabe.

Der stellvertretende Vorsitzende begrüßte die Versammlung und wünscht Glück im neuen Jahr. Gleichzeitig gibt er mit Bedauern davon Kenntnis, daß der allerehrte Vorsteher, Herr Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler leider durch eine Erkrankung von der Versammlung ferngehalten werde. Es sei indes bereits eine Besserung eingetreten, so daß man hoffen dürfe, den Herrn Vorsteher sobald wieder an der Spitze des Kollegiums zu sehen. Redner erbittet von der Versammlung die Erlaubnis, Herrn Schmidt-Rimpler Grüße und die besten Wünsche für schnelle Genesung übermitteln zu dürfen. (Braucoruzel)

Danach gibt Herr Vorsteher Höhring einige Eingänge bekannt. Die Landschaftsgärtner erheben Protest gegen den Plan, den Friedhöfen eigene Gärten zu geben. Die Sache geht an den Petitionsauschuss. Eine Petition der Galtwitzerinnen sowie der Kellnervereine tritt um Aufhebung der Schankkonzessionen Feuer. Man verweist die Eingänge an den Etatsauschuss.

Weiter wird ein Antrag der Herren Stov. Pfautsch und Herzfeld bekannt gegeben, der mit Rücksicht darauf, daß die religiöse

### Regelung der Sonntagsruhe

sich über Erwartung verzögert, die scheinige Vorlage eines Ortsstatuts für Halle a. S. verlangt. Der Zentralverband der Handlungsgeschäften hat gleichfalls eine Petition in ähnlichem Sinne eingereicht. Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe erklärt sich namens des Magistrats bereit, erneut den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen; nur könne das erst nach Fertigstellung des Etats gesehen. Die Versammlung stimmt dem zu, so daß noch in diesem Vierteljahr sich das Kollegium erneut mit der Sache beschäftigen wird.

Schließlich liegt noch eine Petition Pfeiffer vor, für das Gaunrich Moritzstraße 3 eine kleine Zustimmänderung zu genehmigen, welche dem Bauauschuss überwiesen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 betrifft die Wahl des Bureau

### Zum Vorsteher

wird mit 52 Stimmen Herr Geheimrat Prof. Dr. Schmidt-Rimpler wiedergewählt. 3 Zettel waren unbeschrieben.

Zum stellvertretenden Vorsteher wählt man Herrn Justizrat Höhring; er erhält von 57 Stimmen 51; je eine Stimme fällt auf Herrn Robe und Herrn Dr. Herzau, 4 Stimmen waren unbeschrieben. Herr Höhring nimmt die Wahl dankend an.

Bei der Wahl eines 1. Schriftführers werden für Herrn Probst 45 Stimmen, für die Herren Höfner, Hise und Beude je 1 Stimme abgegeben. Herr Probst ist also gewählt und dankt für die Wahl.

Bei der Wahl des 2. Schriftführers erhalten Herr Stov. Knabe 44, Herr Stov. Döhler 2, die Herren Stov. Herzau, Beude, Hirschburg und Kallmeyer je 1 Stimme. Herr Knabe ist damit gewählt. Auch er nimmt die Wahl dankend an.

Weiter wählt man noch die Kommissionskommission, d. h. die Kommission, die die Befragung der einzelnen Ausschüsse vorzubereiten hat. Es wurden außer dem Bureau die Herren Stov. Borchert, Pfautsch und Kallmeyer delegiert. Des weiteren macht Herr Stov. Knabe die Mitteilung, daß die Straßendeck für Zutritt von den Mitgliedern des Kollegiums im vorstehenden Jahre 51,50 Mk. ergeben haben. Es sollen davon je 15 Mk. an die drei Woten, die den Dienst beim Stadtverordnetenkollegium besorgen, verteilt werden.

Der nachstehende Punkt der Tagesordnung nimmt Herr Oberbürgermeister Dr. Rixe das Wort zu einem in der Saalezeitung erschienenen Artikel „Was dem Leckerleis“, worin ein Hausbesitzer den Ton des Steueranfehrens als scharf rügt. Der Redner weist nach, daß ihm keines Anfeuern gar nicht zu Gesicht gekommen ist. In früheren Jahren sei ein solches Anfeuern von ihm mit: Der Magistrat. Rixe“ unterzeichnet worden; als nun das Anfeuern, das ja in Tausenden von Exemplaren verschickt wird, ein wenig geändert wurde, legte der zuständige Deputent einfach mit vollem Rechte wieder jene Unterschrift darunter, ohne den Oberbürgermeister besonders davon zu unterrichten. Es sei also durchaus unbedenklich, das Anfeuern zum Anlaß für einen persönlichen Angriff gegen den Oberbürgermeister zu machen, der ja von dem veränderten Text gar nichts gewußt hat. Schließlich ist übertrag-



der neue Text durch die gesetzlichen Bestimmungen durchaus gerechtfertigt. Es sei der „Saale-Zeitung“ eine Berichtigung zugeandt, aber die Berichtigung sei nicht aufgenommen worden. Eine Zeitung, die sich zu solchen Angriffen herbeilasse, müsse aber auch der Entgegung Raum geben. Welche das nicht, so handle sie nicht wie eine Zeitung von Ruf und Ansehen. Der Artikel sei allerdings als Eingekleidet unter „Beleiters“ erschienen, also in einer Rubrik, für die die Redaktion ausdrücklich die Verantwortung ablehnt. Sie führt sich damit gebührt, und der Angehörige X. ist gleichfalls durch seine Anonymität gebührt. Solche Zustände erinnern an das Mittelalter.

Die Gegenwirkung des Magistrats auf den Artikel des Einweikers unter dem Beleiters ist von uns sofort geäußert worden. In der Tat ist er gegeben worden, aber der Vertreter hat ihn bei der Zusammenstellung der Spalten verächtlich und sehr wider den Willen und wider das Wissen der Redaktion herausgelassen. Bei dem Stoffanhang am Montag ist das ein zwar sehr zu beklagendes, aber für den Stadtmann auch begriffliches Versehen. Auch ohne die Beschwerde des Herrn Oberbürgermeisters wäre die Entgegung, wie anderer Stoff, der zurückgegeben war, selbstverständlich in der nächsten Nummer nachgetragen worden. Über den Rufgen und Schäden der Rubrik „Beleiters“, für die die Redaktionen keine Verantwortung übernehmen, mag im Abendblatt noch geredet werden, wo wir auf die Angelegenheit mit ein paar Worten zurückkommen werden. Die Redaktion.)

2. Die Versammlung beschließt, daß der Laden Nr. 1 im Noten Turm vom 15. Januar 1913 ab für den jährlichen Mietzins von 1500 Mk. auf die Dauer von 6 Jahren an den Fleischermeister Albert Orling, hier, vermietet wird. Herr Orling hat sich verpflichtet, den Laden entsprechend den für den Fleischerbetrieb erforderlichen Vorschriften auf seine Kosten herzurichten zu lassen. (Ref. Herr Stv. G. m. e. r.)

3. Der verlorbene Königl. Kometler a. D., Rechnungsrat Carl Dubra, hat die Stadtgemeinde Halle als Nachbeterin eingeleitet. Das Vermögen ist zur Errichtung einer „Katholischen Karl Dubra-Stiftung“ zugunsten Armer dienen. Das Stiftungskapital wird etwa 90 200 Mk., der Zinsertrag etwa 3800,50 Mk. betragen. Die Zinsen fließen der Universitätsbibliothek, Fräulein Eugenie Krefke, hier, zu, nach deren Ableben die Stiftung daher erst ins Leben treten kann.

Der Magistrat hat die Annahme der Zuwendungen beschlossen. Von einer Abfindung der Verwandten des Stifters soll abgesehen, jedoch nach dem Insichtentreten der Stiftung in Aussicht genommen werden, die dann noch lebenden Verwandten bis zum 4. Grade, sofern sie bedürftig sein werden, aus den Zinsen der Stiftung zu unterstützen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. (Ref. Herr Vorsteher F. ö. h. r.)

4. Der Magistrat hat beschlossen, die Klassenräume im Nordflügel des Gymnasialturnhallenbaues nach den Anträgen des Schulleiters und nach dem vom Hochbauamt aufgestellten Kostenschlag einzurichten und ausstatten zu lassen. Die erforderlichen Mittel im Betrage von 4000 Mk. sollen dem Verfügungsfonds der städtischen Körperkassen entnommen werden.

Die kaufmännische Fortbildungsschule ist a. St. in der Mittelschule Charlottenstraße untergebracht. Durch Ueberweisung eigener Schulräume an die Fortbildungsschule wird einem schon lange als sehr süßlich herangezogenen Bedürfnis abgeholfen; denn es werden dadurch Mißstände und Schwierigkeiten beseitigt, die sich aus der gemeinschaftlichen Benutzung derselben Schulräume durch zwei verschiedene Schulsysteme für die allgemeine Schulverwaltung wie für die Fortbildungsschule ergeben haben. Die Räume werden a. St. vom Reformrealgymnasium benützt und dürfen 1913 frei.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. die Herren Stv. Sch. u. z. e. und D. ö. h. l.)

5. Ueber die Petition der Frau Marie Lehmann, betr. Nachkündigung der für das Grundstück Grafweg 7 wird Uebertragung zur Tagesordnung beschlossen. (Ref. Herr Stv. G. ö. h. e. l.)

6. Die große Bedeutung, welche die anzulegende Straße über die Fiegelwiese und Behlitz in Zukunft erlangen wird, macht es notwendig, die Hauptzugang am Kirchhof stadtähnlich zu verbessern. Es ist ihm nur möglich durch Uebernahme der Fußsteinstufen an der südwestlichen Ecke Kirchhof-Wühlweg. Der Magistrat ersucht daher die Stadtverordnetenversammlung, unter teilweiser Aufhebung der entgegenstehenden früheren Beschlüsse einer neuen Festlegung der Bau- und Vorgärtenstudien zuzustimmen. Für das Grundstück Am Kirchhof 14 liegt bereits ein Baugesuch vor. (Ref. die Herren Stv. G. r. e. m. p. l. e. r. und F. a. u. t. i. c. h.)

7-11. In Uebereinstimmung mit der Friebschloßdeputation hat der Magistrat die Annahme eines Kapitals von 2000 Mark beschlossen, gegen Uebernahme der Verpflegung, die Pflege und Unterhaltung (einschl. der gärtnerischen Aufsicht) der beiden Erdbegräbnisstellen 1746 und 1746a auf dem Stadtparkeser auf die Dauer der Verletzung zu übernehmen. Weiter sind der Stadt mit ähnlichen Verpflichtungen noch 4 Legate von 600 Mk., 800 Mk., 800 Mk. und 1000 Mk. angeboten. Die Versammlung erklärt sich mit der Annahme der Legate einverstanden. (Ref. Herr Stv. D. ö. h. l.)

Ueber Punkt 12: Grundstücke, nach welchen die Errichtung von Umzugsloften geregelt werden, referiert Herr Stv. D. ö. h. l. Der Finanzanschluß empfiehlt die Errichtung von Umzugsloften an Beamten, welche in den Gemeindeverwaltungsamt der Stadt Halle a. S. von außerhalb bezuhen werden, nach folgenden Grundzügen generell zu regeln:

1. Die Errichtung erfolgt lediglich in derjenigen Höhe, in der die Kosten tatsächlich und in angemessener Weise aufgewandt werden sind, höchstens jedoch bis zu demjenigen Gesamtbetrag, welcher nach den entsprechenden anzuwendenden staatlichen Vorschriften zu erstatten ist.
  2. Die Rückzahlung der Umzugsloften hat an die Stadtgemeinde zu erfolgen, wenn der Beamte vor Ablauf von drei Jahren seit dem Dienstantritt in Halle a. S. freiwillig aus dem Dienste der Stadtgemeinde Halle a. S. scheidet.
  3. Eine Errichtung von Umzugsloften erfolgt nicht, wenn der Beamte vor seiner Verlegung in den Gemeindeverwaltungsamt der Stadt Halle a. S. eine etatsmäßige Stelle als Beamter des Deutschen Reiches, eines deutschen Bundesstaates oder eines öffentlich-rechtlichen Kommunalverbandes innerhalb des Deutschen Reiches nicht innehat.
- Absatz 1 und 2 wird angenommen, 3. gestrichen.
13. Die seit kurzem bei der Stadtbahn Halle getroffene

Einrichtung, daß von ihr Kinder unter vier Jahren — wie bei der Staatsbahn — frei befördert werden, hat den Wunsch nach einer gleichen Einrichtung für die städtische Straßenbahn hervorgerufen. Die Straßenbahn-deputation beantragt daher, einer Ergänzung des Tariffs durch nachstehende Bestimmung zuzustimmen zu wollen: Kinder unter vier Jahren in Begleitung von zahlenden Fahrgästen werden frei befördert, wenn für sie kein besonderer, für zahlende Fahrgäste benötigter Platz in Anspruch genommen wird.

Der Antrag wird angenommen. (Ref. Herr Stv. F. r. o. h. t.)

14. Der Haushaltsplan der Beside-Lehmann-Stiftung für das Rechnungsjahr 1913 wird genehmigt, für die Hauptleistung mit 37 850 Mk. und für das Jugendheim mit 30 620 Mark in Einnahme und Ausgabe. (Ref. Herr Stv. M. e. r. e. r. I.)

15. Zur Errichtung eines Koloniariums auf dem Stadtparkeser ist ein Betrag von 4000 Mk. bewilligt worden, ausgegeben sind aber 4908,30 Mk. Die Ueberweisung der Mittel um 308,30 Mk. und die Entnahme dieser Summe aus Kap. XVII B IV des laufenden Rechnungsjahres wird ausgehoben.

16. Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 1 des Privatgesetzlichen-Versicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1911 soll das Jahresgehalt des vom 1. April 1913 ab anzustellenden Stadt-Physikar-Zweiges auf 5010 Mk. festgelegt werden.

Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. M. i. c. h. e. l.) Punkt 17 wird vertagt.

18. Das Kollegium genehmigt, den Käufer der Baustelle II an der Kleiststraße mit Rücksicht auf die in seinem Gehäuge vorzutragenden persönlichen Verhältnisse ausnahmsweise aus dem Betrage, betr. den Verkauf dieser Baustelle, zu entlassen.

(Ref. Herr Stv. F. a. u. t. i. c. h.) Punkt 19 fällt aus.

### Die Folgen des Medizinarztes.

In Halle wurden dieser Tage geheime Verhandlungen zwischen den Professoren der medizinischen Fakultät der Universität Halle und einigen Professoren der medizinischen Fakultät der Universität Berlin — unter ihnen Geheimrat Orth und Prof. Kraus — gepflogen. Die Verhandlungen betrafen die Frage, ob und welche Ausländer in Zukunft an den deutschen Universitäten zu den klinischen Semestern zugelassen werden sollten. Die Verhandlungen wurden geheim geführt. Wie wir erfahren, wurde in der Versammlung vor allem davon gesprochen, daß die Ausländerfrage an den deutschen Universitäten nur durch die vielen Russen aufzuheben sei, die in Deutschland studieren. Und zwar handelt es sich hier vornehmlich um Russen jüdischen Glaubens, die die deutschen Universitäten besuchen, weil ihnen der Besuch der russischen Hochschulen erschwert bzw. unmöglich gemacht ist. Sie werden in Russland nur in ganz geringem Prosentatz zum medizinischen Studium zugelassen; die Absehung der Prüfungen an den russischen Universitäten ist ihnen fast gänzlich unmöglich gemacht. Dagegen gestatten die russischen Universitätsbehörden das Praktizieren russischer Juden auch in Russland ohne weiteres, wenn die Herren in Deutschland ihre Staatsprüfungen abgelegt haben.

In der Versammlung in Halle wurde es daher als das Zweckmäßigste erklärt, wenn man mit den russischen Behörden in Unterhandlung trete zwecks Herstellung der Gleichberechtigung der Juden mit den Andergläubigen, was das Universitätsstudium betrifft. Man solle — darin waren sich die Herren einig — den russischen Behörden vorstellen, daß sie in Anbetracht der geringen Anzahl der Ärzte in Russland ohne die jüdischen Ärzte nicht auskommen und daß es für sie daher dringend zu empfehlen sei, ihre anti-jüdische Universitätspolitik fallen zu lassen, da in Deutschland in Zukunft voraussichtlich eine engere Maßregel in für die russischen Studierenden Platz greifen würden; d. h. die Zulassung der russischen Studierenden zu den klinischen Übungen in Deutschland wird in Zukunft von der Ablegung einer dem deutschen System gleichstehenden Prüfung an einer russischen Hochschule abhängig gemacht.

### Fette Schweine für Halle.

Eine interessante Mitteilung geht uns aus Tommisch zu: In einer Versammlung des dortigen Landwirtschaftlichen Vereins erhoben sich auf Anregung der Landwirtschaftskammer 20 Landwirte, für die nächsten 5 Jahre jährlich 114 fette Schweine zum Einheitspreise von 51 Mk. pro 100 Pfund Lebendgewicht ab Stall an die Stadt Halle a. S. zu liefern.

Die Fragebogen für die Hausbesitzer. Zu dem unter dieser Ueberschrift dieser Tage in der Rubrik „Aus dem Beleiters“ veröffentlichten Artikel ging uns am Montag vormittag von Mitbürgern in Steuerangelegenheiten folgende Darstellung, die von der Redaktion sofort in Satz gegeben, vom Vertreter aber bei der Zusammenstellung der Zeitung v. e. r. e. l. e. n. t. l. i. c. h. zurückgelassen war: Die an die Hausbesitzer ergangene Aufforderung zur Einreichung der Rührtagbuchweisungen entspricht im wesentlichen dem Inhalte der bisher im Gebrauch gewesenen Formulare. Von diesen weist die neue Befragungsmachung nur insoweit ab, als jetzt neben der getrennt für die Einreichung der Listen nicht mehr eine Abholung durch die Steuererheber in Aussicht genommen ist. Von dieser bestimmungsgemäß nicht vorzulegenden Machung mußte im Interesse eines beschleunigten Eingehens der Listen und mangels der erforderlichen, durch die stetige Zunahme der Stadt anderweitig in Anspruch genommenen Kräfte abgesehen werden. Ebenso hat die Strafandrohung, wenn auch in anderen Worten, den gleichen Inhalt wie bisher. Die gedruckten Formulare erhalten zwar äußerlich die Unterschrift des Magistratsdirektors (Oberbürgermeisters), werden jedoch nicht von diesem, sondern von dem zuständigen Deserenten inhaltlich bestimmt. So sind auch die in dem Artikel kritisierten Venderungen nach dem üblichen Gesetzsprache lediglich im Steuerdezernat vorgenommen worden.

Sitzung in der Reichshofgaterstraße. Eine Kommissions-Sitzung des Büchsenvereins, die das Reichshofgatergesetz betraf, fand gestern hier unter dem Vorsitz des Geheimrats Richards statt. An der Sitzung nahmen außerdem teil: Geh. Admiralitätsrat Dr. Jellich (Schnidhu), Rechtsanwalt Dr. Wolff (als Schriftführer), Generalintendant von Ostpr. Weimar, I. f. Hofprediger Gregor Wien, Intendant Boehm-Desau, Geh. Hofkammerintendant Graf Lautenburg, Direktor Dr. Löwe-Desau, Direktor Berg-Obert-Königsberg, Direktor Kling-Stettin.

Die im neuesten Halbeschen Dreieck verzeichneten 26 Bäume, also die nächste Umgebung der Stadt Halle, weisen eine Einwohnerzahl von rund 33 500 Personen auf. Während diese Orte noch vor etwa 15 Jahren rein ländliche Dörfer waren, sind sie jetzt infolge der dabei bestehenden industriellen Werke zu ansehnlicher Entzweiung gelangt. Es soll hierbei nicht unerwähnt sein, daß nach zahlreicher anderer Orte der weiteren Umgebung, namentlich durch die Gewinnung reicher Erzfunde, diesen Bäumen wenig nachzusehen. Zur näheren Umgebung gehören der Größe nach folgende Orte: Niemleben 5450, Ammendorf 4100, Radewell 3000, Böslau 2900, Mielitz 2749, Heideburg und Umgebung 2100, Beesen und Lettin je 1800, Jenzdorf 1723, Canena 1600, Batsendorf 1408, Brudorf 1160, Seeben 1140, Wälsdorf, Böllberg und Wörmlich je rund 1100.

Abholung von Paketen in der Wohnung. Die Post teilt uns mit: Den Paketbesitzern dürfen auf ihren Befehlsgesetzten Pakete ohne Verlangung der Abgabe bei der Postanstalt übergeben werden. Es ist auch gestattet, bei der Postanstalt die Abholung von Paketen aus der Wohnung schriftlich zu beschließen. Für derartige Befehlschreiben oder Beschlüsse wird keine Gebühr erhoben; sie können in die Briefkästen gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden. Die Paketbesitzer nehmen die Pakete entweder innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zwecke der Befüllung oder Abholung betreten, oder an denjenigen Stellen entgegen, wo ihr Fahrzeug jeweils hält. Für jedes mitgenommene Paket wird eine Gebühr von 10 Pf. erhoben.

Beginn der Schonzeit für Vitz-, Hais- und Fasanen. Der Bezirksauschuss für Merseburg macht folgendes bekannt: Für den Anfang des Regierungsbezirks Merseburg wird der Beginn der Schonzeit für Vitz-, Hais- und Fasanen fassen auf den 1. Februar 1913 festgesetzt, auch das Einfangen der Fasanen fassen zum Zwecke der Jagd bis zum 14. Februar 1913 einschließend gestattet. — Für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg wird ferner die Schonzeit der wilden Truthähne und Truthennen auf das ganze Jahr ausgedehnt.

Der Norddeutscher Turngau, dem auch die Turnvereine in und bei Halle angehören, ist zu berichten: Aus Anlaß des Deutschen Turnfestes in Leipzig im Juli d. N. werden seitens des Gaues zwei Turnturniere nach Leipzig stattfinden, und zwar von der Turnvereine in den Trabrennen Halle und von Herberg a. U. aus. Zur Förderung der Turnvereine soll am 15. Juni ein Turnturnier des Gaues nach Herberg a. U. stattfinden. Ein Gauwettkampf wird am 7. September in Merseburg abgehalten. Turner finden noch statt ein Turnturnier am 23. Februar in Merseburg, ein Frauenturnier am 25. Mai in Halle und ein Altersturnierturnen am 25. Mai in Merseburg.

## Provincial-Nachrichten.

### Stadtgemeinde und Landwirtschaftskammer.

Gotha, 6. Jan. Im Stadtverordnetenkollegium berichtet Stadtverordneter Geh. Finanzrat Schapig über den beim herzoglichen Staatsministerium eingeleiteten Protest gegen die Entschlebung der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Gotha, die diese in der Sitzung vom 18. Dezember gestiftet hat.

Die Entschlebung befaßt sich mit der Frage der Uebersetzung der Uebersetzung und enthält einige schwere Vorwürfe gegen die Stadt in Bezug auf die Handhabung der Uebersetzung im städtischen Schlachthaus. Es wird u. a. darin gesagt, die Stadt lasse die Unternehmung des Uebersetzungs, das dem Uebersetzungsamt nicht zu beschließen, um ein Monopolstellung einzunehmen, bann aber auch aus finanziellen Gründen. In dem Protest wird demgegenüber ausgeführt, daß bei der Einfuhr von Landfleisch nicht eine Uebersetzung der Unternehmung gefordert wird, sondern nur eine Nachholung durch einen approbierten Metzger. Das Vorgehen der Landwirtschaftskammer sei in diesem Punkt nichts weiter als ein Kampf gegen die sanitären Einrichtungen des städtischen Schlachthaus. Auch von finanziellen Gründen könne auf keinen Fall die Rede sein, wenn man die ganz außerordentlich minimalen Gebühren, die für eine Uebersetzung gefordert werden (nicht ganz 1 Pf. für „as Pfund“) betrachtet. Es sei überhaupt ganz unerhöht, daß die Landwirtschaftskammer solche Behauptungen aufstellt, obgleich sie gar nicht einmal weiß, welche Einnahmen die Stadt aus der Schlachthofställe hat. In preussischen Orten müssen die Einnahmen außer den Geldern für die vollkommene Erhaltung der Anlage noch eine Verzinsung und Tilgung von 8 Proz. aufbringen, während nach dem gethätigen Landesgesetz die Tilgung nur ein Prozent beträgt und die Verzinsung nach dem ortsüblichen Zinssfuß erfolgt. Eine Einnahme für die Gemeinde sei ganz ausgeschlossen, das beweisen ja auch die Rechnungen des Schlachthaus, in denen in den letzten Jahren nur Reineinnahmen von 200 und 300 Mk. im Jahr zu finden sind.

Das Stadtverordnetenkollegium beschloß einstimmig die Abwendung dieses Protestes an das herzogliche Staatsministerium.

### Opfer des Balkankrieges.

# Jenaeroda, 6. Jan. Ueber das Vermögen der Maschinenfabrik und Eisenwerkerei Döhler u. Kieble, G. m. b. H., in Jenaeroda ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Firma ist ein Opfer der Balkankriege geworden.

Weimar, 6. Jan. Ueber die Lage am Balkan wurde in der Sitzung der Handelskammer viel gesagt. Der Vorsitzende erklärte, wie wir in der Weimarer Zeitung lesen, daß manche Private schwer unter den Ereignissen am Balkan zu leiden hätten. Der Vorstand einer benachbarten Handelskammer habe ihm mitgeteilt, daß allein aus seinem Bezirk fünf Millionen Mark im Balkan fehlten. Im Bezirk des Großherzogtums scheint es nicht so schlimm zu sein; aber trotzdem habe die Kammer kein Mittel in der Hand, eine Besserung zu erzielen.





Herder-Stiftung

In Weimar hat das Großherzogliche Staatsministerium, Departement des Großherzoglichen Hauses, unter dem Namen „Herder-Stiftung“ eine Stiftung errichtet und sie mit einem Vermögen von rund 45 000 M. ausgestattet...

Das Mitglied der Akademie der Wissenschaften Gailletet, Präsident des Véro-Club de France, ist in Paris gestorben. Gailletet, der als Physiker einen Weltkurz genoss...

Aus römischer Zeit. Bei Sprengungen zu Baumpflanzungen im Garten des Palais des Princes Woll zu Schaumburg-Lippe...

Theater und Musik.

Sudermann contra Schaubühne.

Hermann Sudermanns neues Schauspiel „Der gute Ruf“ hatte bekanntlich vor seiner Uraufführung, die am Dienstag im Berliner Deutschen Schauspielhaus stattfand, eine obflüchtige Besprechung in der Schaubühne erfahren...

Hermann Sudermann war zu der Verhandlung nicht erschienen; er überließ jene Vertretung dem Syndikus des Verbandes Deutscher Bühnenschriftsteller Dr. Goldbaum.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

Im ersten Akt des Stückes wird sodann ein neuer Termin auf den 10. Februar zur Klärung und weiteren Vorbereitung der Sache angesetzt.

60 Pfennig für das Pfund russischen Meißels. Da das russische Metall in Wien ein ganz so wenig Abfall fand, hat der Stadtrat beschlossen, den Preis von 78 auf 60 Pf. herabzusetzen...

Revolutionsklub. Die in Großwarden bei Verwandten zu Besuch weilende Tochter des österreich-ungarischen Bundesministers...

Der langjährige Chefredakteur der Gießmünder Provinzialzeitung Hoeck ist nach längerem Krankenlager gestorben.

Die Befreiung eines Bulgarenhofes. In dem kleinen Orte Sinakli in Mazedonien vollzog sich vor einigen Tagen eine seltsame Zeremonie.

Die Friedenskongressen. W. London, 6. Jan. Die Friedenskongressen trat heute 4 Uhr zusammen. Die türkischen Delegierten unterbreiteten neue Vorschläge.

London, 6. Jan. Die Vorkongressen trat heute nachmittag im Ausdrückigen Amt unter dem Vorhise Sir Edward Grey zu einer neuen Sitzung zusammen.

London, 6. Jan. Im Unterhause stellte heute Whitehall die Anfrage an die Regierung, ob Sir Edward Grey seinen Einfluss bei den anderen Mächten dazu benutzen wolle...

Saloniki, 6. Jan. Heute fand die feierliche Eröffnung der bulgarischen Nationalbank statt. Bis vor kurzem war Saloniki der Hauptstich bulgarischer Oberkommandos.

Riel, 6. Jan. Heute abend gegen 6 Uhr stieß der Panzerkreuzer „Straßburg“ mit dem dänischen Dampfer „Christian IX.“ vor Eternfjorde zusammen.

Berlin, 6. Jan. Der Zweiterbund Groß-Berlin ist dem Antrage seiner Kommission beigetreten und hat die Wahl des Staatssekretärs Dernburg für ungültig erklärt.

W. Salonski, 6. Jan. Bei einer infolge einer anonymen Anzeige in der Werkstatt des Tischlers Ludwig vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden im Keller eine Kiste mit Fallschirmzerlegungen und ein Käschen mit 100 italienischen Hundertmarkstücken gefunden.

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

W. Salonski, 6. Jan. Wie die Fortschrittliche Zeitung medelt, ist der frühere Chefredakteur der Zeitung, Dr. Gustav Herzberg, an dem schweren Leiden, was ihn vor einem halben Jahre zum Rücktritt zwang...

Deslau, 6. Jan. Ein weit bekannter Großindustrieller, Herr Kommerzienrat Friedrich Adger in Alten, ist gestern im 61. Lebensjahre gestorben.

Der Verstorbene war Direktor des Rheinischen Aktienerzeins für Zuderfabrikation, Abteilung Alten, und stand der Zuderzaffinerie in Alten vor.

Schalke, 6. Jan. (Neuer unchristlicher Saueschreiber.) Obermusikmeister Damm, der seit Jahren das Trompetekorps der Sechsten-Kavallerie leitet, tritt am 31. März d. J. in den Ruhestand.

Schalke, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)

Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.) Deslau, 6. Jan. (Einen unchristlichen Saueschreiber.)







